

Wurde die Wirtschaftsfreiheit verletzt?

Region Die Berner Stromproduzentin BKW hat im Grossraum Zürich diverse Gebäudetechnik-Unternehmen übernommen, darunter auch zwei Oberländer Betriebe. Der Effretiker FDP-Kantonsrat Thomas Vogel wittert staatliche Einmischung.

Ihre Wachstumsstrategie findet nicht nur Beifall: Seit 2014 hat die Berner Stromproduzentin BKW (ehemals Bernische Kraftwerke AG) verschiedene Unternehmen aus den Bereichen Gebäudetechnik, Installation und Ingenieurwesen übernommen und in die BKW-ISP-Gruppe integriert. In diesem Spin-off will der Konzern Ressourcen zusammenführen. Im Frühjahr 2015 erfolgte der Kauf des Ustermer Haustechnikspezialisten Marzolo, im Sommer 2016 jener der Wetziker Installationsfirma Inag Nievergelt.

Kritik an diesen Übernahmen privater Betriebe wurde Ende 2017 laut: Gegenüber der NZZ sprach Werner Scherrer, Präsident des Kantonalen Gewerbeverbands Zürich, von einer raffinierten Art der BKW, als ein «Wolf im Schafspelz» vorzugehen. Sie kaufe private Firmen und greife dann mit lokal verankerten Namen in den Markt ein.

Zweifel an Rechtmässigkeit

Seit Kurzem beschäftigt die Geschäftsstrategie der BKW auch die Politik. Anfang Juni hat FDP-Fraktionspräsident Thomas Vogel aus Illnau-Effretikon im Kantonsrat einen Vorstoss eingereicht. Zusammen mit seinen Mitunterzeichnern Roger Liebi (SVP, Zürich) und Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon) zweifelt der Oberländer Politiker an, dass im Falle der BKW der Grundsatz der Wirtschaftsfreiheit sowie das staatliche Bestreben, günstige Rahmenbedingungen für die

Privatwirtschaft zu schaffen, beachtet wird.

Staatliche Konkurrenz?

Gemäss der Anfrage sei die BKW zwar als privatrechtliche Aktiengesellschaft organisiert und börsenkotiert, der Kanton Bern halte aber von Gesetzes wegen die Mehrheit der Aktien und habe somit die vollständige Kontrolle über den Kurs des Unternehmens. «Damit ist sie im Resultat ein Staatsbetrieb», so Vogel.

Und genau damit hat der Politiker ein Problem. «Es ist nicht Aufgabe des Staates, in Konkurrenz zu Privaten zu treten.» Gemäss Bundesgericht ist die Konkurrenz nur zulässig, wenn sie verhältnismässig ist, wettbewerbsneutral erfolgt und private Angebote nicht verdrängt. «Das aggressive Auftreten der BKW ist nicht verhältnismässig und verdrängt privatwirtschaftliche Betriebe», behauptet Vogel.

Als problematisch erachtet Vogel einen weiteren Umstand: Bei Submissionsverfahren des Kantons Zürich hätten einige dieser Firmen den Zuschlag offenbar dank tiefer Preise erhalten. Er frage sich, ob dies aufgrund von Quersubventionierungen durch das Mutterhaus oder durch eigene wirtschaftliche Stärke gelungen sei.

Zur Transparenz verpflichtet

In solchen Verdachtsfällen, so Vogel, solle der Regierungsrat deshalb das jeweilige Unternehmen zur Transparenz verpflichten; dies allenfalls verbunden



Verdrängt die BKW private Betriebe, auch im Zürcher Oberland? Der FDP-Fraktionspräsident Thomas Vogel wirft der Berner Stromproduzentin genau dies vor. Fotomontage: Sandra Baur, Keystone, PD

mit der Drohung, dass bei fehlender Kooperation der Zuschlag hinfällig werde. Grundsätzlich bestehe heute schon die Mög-

lichkeit, Wettbewerber von Submissionsverfahren auszuschliessen, wie der Politiker hervorhebt.

Was Vogel vorschwebt, ist ein Monitoring samt Meldeverfahren, Stichproben und automatischen Grenzwerten. «Wichtig ist, dass die Zürcher Behörde ein klares Signal sendet: Wir tolerieren es nicht, dass Staatsbetriebe mit Vorteilen, die sie aufgrund ihrer staatlichen Eigentümerschaft haben, in Konkurrenz zu Privaten treten», sagt er.

BKW weist Vorwürfe zurück

Die BKW-Gruppe will Vogels Vorstoss nicht bewerten. Ihr Mediensprecher Tobias Fässler, der auch stellvertretend für die beiden Oberländer Betriebe spricht, hält fest, dass das Unternehmen keinen Leistungsauftrag und auch keine finanziellen Mittel vom Kanton Bern erhalte. «Die BKW ist ein börsenkotiertes Unternehmen, von dem der Kan-

ton Bern 52,4 Prozent der Aktien hält. Die BKW zahlt ganz normal Steuern und Dividenden.» Zudem verweist Fässler auf das Kartellgesetz und das Stromversorgungsgesetz, die Quersubventionierung explizit verbieten.

Es sei nicht das erste Mal, dass die BKW mit dem Vorwurf konfrontiert werde, Private zu konkurrenzieren, sagt Fässler. Dass man sich im grossen Stil lokal verankerte Betriebe einverleibe – diesen Vorwurf lässt er nicht gelten. «Das Gebäudetechnikgeschäft ist ein fragmentierter Markt, auf dem mehrere Tausend Betriebe aktiv sind. Für die in unsere Gruppe integrierten Betriebe ergeben sich Vorteile beispielsweise aus der zentralen, gruppenweiten Beschaffung oder durch die Unterstützung in den Bereichen Human Resources und Informatik», so Fässler. Im operativen Tagesgeschäft würden die Betriebe weiterhin autonom funktionieren.

Für Thomas Vogel reicht diese Begründung nicht aus: Es brauche nun einen klaren Auftrag an die Verwaltung, Strukturen zu schaffen, um Vorgehensweisen wie die der BKW zu erkennen und zu ahnden. Hierzu habe bislang der politische Wille gefehlt. Er hofft darauf, dass der Regierungsrat – im Speziellen Volkswirtschaftsdirktorin Carmen Walker-Späh (FDP), Finanzdirektor Ernst Stocker (SVP) und Baudirektor Markus Kägi (SVP) – mit den Berner Kollegen an einer der zahlreichen kantonalen Regierungskonferenzen darüber das Gespräch sucht. «Schliesslich ist es störend, dass ausgerechnet ein Unternehmen, das vom grössten Empfängerkanton im Nationalen Finanzausgleich gehalten wird, Firmen im Kanton des grössten Nettozahlers konkurrenziert.»

Marco Huber

«Das aggressive Auftreten der BKW ist nicht verhältnismässig und verdrängt privatwirtschaftliche Betriebe.»

Thomas Vogel,

FDP-Fraktionspräsident aus Illnau-Effretikon, hat kürzlich einen Vorstoss eingereicht, worin er das Geschäftsgebaren der Berner Stromproduzentin BKW im Grossraum Zürich kritisiert.

Blickpunkt

Geselliges Netzwerken vor den Sommerferien

Am Freitag, den 6. Juli lud der Gewerbeverein Wetzikon seine Mitglieder wieder zum monatlichen «Gwerbler-Znüni» in die Bäckerei Montanari in Wetzikon-Robenhausen ein. Am letzten Anlass vor der Sommerpause nahmen 16 Gwerbler teil. Später gesellten sich auch noch die Stadträte Susanne Sieber und Heinrich Vettiger dazu. «Der Znüni ist immer eine schöne Abwechslung, man vernetzt sich und pflegt seine Kontakte», sagt Präsidentin Daniela Löffler. Der nächste Gwerbler-Znüni findet am 7. September statt. zo

Bildergalerie unter zueriost.ch/galerien



Vor der Sommerpause trafen sich die Mitglieder des Gewerbevereins Wetzikon wieder zum «Gwerbler-Znüni» in Wetzikon-Robenhausen.

Fotos: Marcel Vollenweider